

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 400.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitszeit 200.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 300.00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schultheißung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelför 17. Fernruf 3366 und 3357. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 22-23

Duisburg, Juni 1923

24. Jahrgang

Jahresabrechnung 1922

Die katastrophale Geldentwertung des Jahres 1922 war für die gewerkschaftlichen Organisationen eine starke Belastungsprobe. Der sprunghafte Marksturz brachte Teuerungsperioden, denen die Lohnsteigerungen nur teilweise und verspätet zu folgen vermochten. Die notwendigen Beitragserhöhungen wurden für unsern Christlichen Metallarbeiterverband meist erst zu spät wirksam, so daß die rapide steigenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen nicht mehr gedeckt werden konnten. Zu Anfang des Jahres erforderte der Kampf in der süddeutschen Metallindustrie deshalb größere Eingriffe in die Finanzreserven des Verbandes, die später erst mit stark entwertetem Geld wieder beglichen werden konnten. Die Zahlen unserer Jahresabrechnung sind deshalb entsprechend der Geldentwertung zu wärdigen. In der heutigen Nummer unseres Verbandsorgans ist die Hauptklassenabrechnung veröffentlicht, der Abdruck der Verwaltungsstellenabrechnungen wird in unserem später erscheinenden Geschäftsbericht erfolgen.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich bis zum dritten Quartal in aufsteigender Linie, alsdann setzte eine Abwärtsbewegung ein, die aber seit Anfang des Jahres 1923 wieder zu einer Aufwärtsbewegung geführt hat. Die einzelnen Quartale zeigten folgende

Mitgliederbewegung:

Am 1. Januar 1922	234 452
Am 1. April 1922	236 960
Am 1. Juli 1922	240 215
Am 1. Oktober 1922	242 611
Am 1. Januar 1923	228 406

Der Rückgang im letzten Vierteljahr dürfte zum Teil auf die infolge der rapiden Geldentwertung notwendigen Beitragserhöhungen zurückzuführen sein. Diese wurden wenigstens zum Teil von den fluktierenden Gewerkschaftsanhängern zum Vorkam genommen, um mal für einige Wochen von der lästigen Beitragszahlung entbunden zu sein. Hinzu kam die wüste kommunistische Heze gegen die Zentralgewerkschaften, die besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet infolge von ungenügenden Lohnaufbesserungen sich auswirken konnte.

Die Hauptklasseneinnahme aus Mitgliederbeiträgen betrug insgesamt einschließlich der ausgeschriebenen Extrabeiträge Mark 208 024 301,30. Die auf die einzelnen Beitragsklassen entfallenden Beträge sind beim Rechnungsabluß einzeln aufgeführt. In welchem Verhältnis die Beiträge zum Stundenverdienst standen, geht aus der nachfolgenden Aufstellung hervor, in der der Facharbeiterstundenverdienst nach den Feststellungen der Lohnstatistischen Abteilung unserer Hauptverwaltung den Beiträgen der 2. Klasse (Pflichtbeitrag) gegenüber gestellt ist.

Stundenverdienst des Facharbeiters	durchschnittlich	Hauptklassenbeitrag 2. Klasse
Am Anfang des 1. Quart. 1922	13.22	Januar 1922 M. 4.25
Am Schluß des 1. Quart. 1922	19.07	Februar 1922 M. 6.50
		März 1922 M. 6.50
		April 1922 M. 6.50
Am Schluß des 2. Quart. 1922	29.42	Mai 1922 M. 11.00
		Juni 1922 M. 11.00
		Juli 1922 M. 15.00
Am Schluß des 3. Quart. 1922	91.25	August 1922 M. 15.00
		Septbr. 1922 M. 30.00
		Oktober 1922 M. 35.00
Am Schluß des 4. Quart. 1922	425.96	Novemb. 1922 M. 65.00
		Dezemb. 1922 M. 120.00

Die Tabelle zeigt, wie weit der Beitrag hinter dem Stundenverdienst zurückgeblieben ist, ein ungesunder Zustand, der sich auf die Dauer zum Schaden der Mitglieder auswirken muß.

Bei den Ausgaben entfallen die größeren Beträge für Unterstützungen, Verbandsorgane, Bezirksleitung usw. Die eigentlichen Verwaltungskosten sind im Verhältnis sehr gering. Sie betragen, gemessen an den Mitgliederbeiträgen, nur 4,3 Prozent.

Die zahlenmäßige Rücklage zu unserm Reservefonds muß in Anbetracht der fortschreitenden Geldentwertung entsprechend gewürdigt werden. Auch die früheren Rücklagen mußten der Geldentwertung anheimfallen, wenn nicht unsere Verbandsleitung für eine verhältnismäßige wertbeständige Anlage in Grundstücken, Verbandshäusern usw. Vorsorge getroffen hätte.

Die Verhältnisse in unserm Vaterland liegen dunkel. Keiner kann sagen, wie sich unsere Zukunft gestaltet. Eins aber wissen wir, nur eine geschlossene, disziplinierte Organisation wie unser Christlicher Metallarbeiterverband, geknüpft auf eine gesunde Kassengebarung, kann unsern Metallarbeitern Schutz und Rückhalt im Existenzkampf bieten.

Ein schlechter Arbeiterführer

ist der, der als Vorstandsmitglied, Vertrauensmann, Betriebsvertreter, oder gar als Gewerkschaftssekretär, nicht immer und immer wieder seine Mitglieder auf

die geistigen Quellen unseres Verbandes hinweist und der es nicht versteht, dafür Verständnis anzuschlagen. Solche Quellen sind unsere Versammlungen, Sitzungen und Kurse, unsere Verbandsorgane, Schriften, Bücher und Ortsbibliotheken. Wie die Führer so die Masse!

Gewerkschaftliche Geldwirtschaft

W. M. Die Gewerkschaftsarbeit der letzten Jahre verdient mit einem trockenen und einem feuchten Auge bewertet zu werden. Riesig große Erfolge sind ihr zunächst zu danken. Manch schlimme Uebel, die die deutsche Arbeiterschaft mit ihren Familien und unser Volk hätten treffen können, wurden durch die Gewerkschaften gemindert, wenn nicht beseitigt. Aber manches ist auch auf der Strecke geblieben. Gemessen an der Geldentwertung, der Teuerung, sowie den hohen Preisen und Gewinnen der letzten Jahre, die Handel, Banken, Bauern, Industrie usw. einheimten, ist es leider nicht möglich gewesen, den Reallohn der Metallarbeiterschaft zu halten.

Neben unserer schlechten politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage ist dieser Uebelstand nicht unwesentlich auf Fehler und elementare Irrtümer der gewerkschaftlichen Praxis, insbesondere der Geldwirtschaft zurückzuführen. Die Gewerkschaften Deutschlands, die andern so gern und mit Recht den Vorwurf der mangelnden Anpassungsfähigkeit an unsere Zeit machten, trifft nach dieser Richtung der Vorwurf selbst und nicht so knapp. Insbesondere hat das gewerkschaftliche Beitragswesen versagt. Was die Mitgliedschaften, ihre Vertreter auf Generalversammlungen, in Vorstands- und Ausschußsitzungen durch Zurückhaltung und „Bremsen“ an den Beiträgen gesät haben, das hat die Metallarbeiterschaft Deutschlands — die vor dem Kriege gegenüber allen Arbeiterberufen mit den Löhnen an der Spitze marschierte — durch Zurückbleiben des Lohnes gemindert.

liche Verbandsverwaltungsarbeit und darüber hinaus war fast ganz eine ehrenamtliche. Die Versammlungen kosteten den Verbänden nichts oder höchstens bei besonderen Anlässen Einladungszeitel. Für ihre Publikationen standen den Verbänden die Spalten der Tageszeitungen unentgeltlich zur Verfügung. Trotdem die Gewerkschaften Deutschlands damals an Mitgliederzahl und Bedeutung kleiner als heute waren, standen sie finanziell besser da und konnten einen guten Kampffonds sowie ein gutes Kopfermögen sammeln, zur Sicherung gewerkschaftlicher Ansprüche.

Die Verbandsbeiträge der Kriegszeit

erschütterten diese Verhältnisse. Zu Kriegsbeginn gingen die Löhne zurück. Mit Rücksicht auf die bedrängte Lage, sowie auf die Hoffnung, daß der Krieg bald zu Ende ging, und durch das Ausfallen der Verbandsgeneralversammlungen — denen damals noch allein das Recht zustand, Beiträge für die Hauptklasse zu beschließen — blieben die alten Beiträge bestehen, obwohl die Löhne zu diesem Verhältnis schon merklich in die Höhe gingen. Das Führen von wirtschaftlichen Kämpfen war unterbunden, wenn nicht ganz verboten. Die Zahlung von Unterstützungen wurde gemindert oder abgebaut. Ebenso die Herausgabe von Organen, Schriften, Statistiken und so weiter. Mit dem gegen Schluß des Krieges erfolgten Zustrom zu den Gewerkschaften, sowie infolge Geldentwertung und der Teuerung ging die finanzielle Leistungsfähigkeit der Verbände immer mehr zurück.

Die Verbandsbeiträge der Nachkriegszeit

standen unter dem starken Einfluß der Revolution und ihren Nachwirkungen, sowie der Reparationen mit ihrem Valutaelend. Auch wurden durch öffentliche und soziale Errungenschaften die Bedeutung der Beitragshöhe verkannt. Wirtschaftliche Kriege, sowie die durch Krieg und Revolution gesteigerte Unernunft hemmte nicht minder das gewerkschaftliche Finanzgebaren.

Das „Herausheben“ von Lohnerhöhungen mit Handgranaten und „direkte Aktionen“ war nicht von langer Dauer. Die politischen Streiks des sozialistisch-kommunistischen Metallarbeiterverbandes brachten der Metallarbeiterschaft nur Schaden und keine Rassen. Der Berliner Streik dieses Verbandes verhängte allein rund 50 Millionen Mark. Dabei war das nur einer von den vielen! In jenem Verband kämpften drei Richtungen um die politische Gunst der Massen. Erreicht wurde nichts, verlor aber viel. Keine von den drei Richtungen hatte den entschlossenen Mut, den radikalen Massen das Fehlen von Beiträgen anzugewöhnen. Sicherlich war dieses auch keine leichte Aufgabe. Inzwischen hatte das Unternehmertum gerüttelt. Auf dem Verhandlungsweg, an Schlichtungsstellen und in der Öffentlichkeit erschien es mit Statistiken und Material, die sich die Gewerkschaften auch aus finanziellen Gründen nicht schaffen konnten und durch die zügellosen Streiks waren auch die Rassen geschwächt, um wirksamer die gewerkschaftlichen Forderungen durchsetzen zu können. Zudem jagte eine Lohnbewegung die andere und erforderte dieses ganz naturgemäß mehr Mittel als vor dem Kriege, wo man diese Jagd nicht kannte. Fallsch war auch die Meinung, daß wir durch Arbeitsgemeinschaften, Schlichtungswesen oder durch politische Machtmittel keine Kämpfe mehr zu führen brauchen oder den Arbeitgebern so begegnen könnten. Gewiß würdigen wir diese Einrichtungen voll und ganz, aber auf eine starke Selbsthilfe können wir nicht verzichten, denn sie ist nach wie vor der beste Schutz und Schirm der Arbeiterschaft.

Der Grundsatz, daß der Verbandswochenbeitrag höher sein muß als die Höhe eines Stundenverdienstes, wurde leider verlassen. Es wurde ins Feld geführt: Der Tagesverdienst mit Nachstundenarbeit ist kleiner geworden als der mit Feststundenarbeit und umgekehrt ist der Stundenverdienst verhältnismäßig heute höher als früher, folglich kann heute der Grundsatz, daß der Wochenbeitrag höher als der Stundenverdienst sein muß, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Beachtet wird dabei nicht, daß

1. durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden eine Verdienstverminderung nicht erfolgte;
2. Die Gewerkschaften, deren Wert ja doch der Nachstundenarbeit ist, für ihren Erfolg bestraft würden, wenn man ihnen nunmehr den Mindeststundenverdienst als Wochenbeitrag nicht mehr geben würde;
3. infolge der gewaltigen Teuerung und Steigerung der gewerkschaftlichen Aufgaben, Leistungen und Erfolge die Beiträge verhältnismäßig höher als zur Friedenszeit stehen müßten und
4. daß die Mitglieder doch nur den Verband darstellen und nur um ihrer selbst willen die Beiträge verlangt werden.

Mit all diesen Fragen der gewerkschaftlichen Geldpolitik wird sich unsere Arbeiterschaft mehr auseinandersetzen müssen, wenn der Erfolg der Gewerkschaftsarbeit auch hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder wirksamer werden soll.

Was seid Ihr ohne Organisation?

Seht Euch die Verhältnisse in der Arbeiterschaft vor 50 Jahren an. Rechtlos, jedem Druck des Unternehmertums preisgegeben, bei geringem Lohn und ohne Schutz gegen Lohnabzüge, bei überlanger Arbeitszeit, so stand die Arbeiterschaft damals da.

Die Arbeiterschaft von heute ist nur etwas geworden durch den Verband!

Deshalb stärkt ihn durch Pflichttreue und Opferbereitschaft, stärkt seine Finanzmittel,

Denn nur dadurch schützt Ihr Euch!

Dieser ungeheuerliche Vorwurf trifft weniger unsern Verband als die andern Metallarbeiterverbände, die mit den Beiträgen erst recht nicht folgen wollten; schmutzige Konkurrenz und Agitation einer wirksameren Gewerkschaftsleitung voranzustellen. Von vorübergehenden winzigen Ausnahmen abgesehen stand unser Verband mit der Höhe seiner Beiträge und dem Kopfermögen immer an der Spitze aller Metallarbeiterverbände. Dieses bekundet zwar ein erfreuliches Verständnis der christlichen Metallarbeiterschaft für die gewerkschaftliche Geldpolitik, aber auch diese muß erweitert werden.

Die Frage ist für unsere Mitglieder und für die ganze Arbeiterschaft von so wichtiger Bedeutung, daß sie eine gründliche Durchleuchtung verdient. Aus der Vergangenheit muß wieder mehr gelernt werden. Alle einschlägigen Entwicklungsstufen, Zusammenhänge, maßgebende Einzelheiten der Gewerkschaftspraxis müssen geschildert und kritisch betrachtet werden, wenn das volle Verständnis für diese Geldwirtschaft wieder erwachen und das Schimpfen über Beitragsregulierung, die nur die gewerkschaftlichen Bestrebungen hemmen, endlich gemindert, wenn nicht aufgehört sollen. Nach dieser Richtung haben es alle Gewerkschaften an Aufklärung und Neubelebung fehlen lassen. Sie setzten fast reiflos ihre ganzen Kräfte für die unmittelbaren Ansprüche ihrer Mitglieder ein, sie gingen darin auf und vergaßen nicht nur sich selbst, sondern auch, daß alle ihre äußeren Bemühungen nur dann den rechten Erfolg zeitigen können, wenn sie eine gute innere finanzielle Stärke in die Waagschale zu werfen haben. An der letzten Möglichkeit hat es ganz gewaltig gehapert und wird hier das Veräumte nachzuholen sein.

Die Verbandsbeiträge der Vorkriegszeit

bewegten sich so, daß der Wochenbeitrag über der Höhe eines Stundenverdienstes stand. Daneben brachte der starke Wechsel der Arbeitsstätte und der Organisationszugehörigkeit den Verbänden manche Beiträge, womit keine Unterstützungsbeitragung erlangt wurde und somit keine Unterstüzung ausgezahlt zu werden brauchte. Ferner brachte der Verkauf von Büchern und Broschüren damals noch etwas ein und ebenso die Zinsen des Reservefonds. Die ört-

Millionen von Mark gehen der Arbeiterschaft verloren und sonstige Rechte und Vorteile dazu, weil sie nicht genügend aufgeklärt ist über andere sozialen Versicherungsgehalte.

In Versammlung und Unterrichtsstunden, durch Schriften, Bücher und Broschüren muß darum wie in der Kriegszeit wieder mehr Aufmerksamkeit werden über Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung, über Wohnraumverhältnisse, Wohlfahrtsvereinigungen usw. Jeder Mann, jede Frau und jedes Familienmitglied ist daran interessiert!

Dazu haben wir unser Werbematerial nicht!

Ein Wort an manchen.

Werbematerial ist das tägliche Brot der Agitation. Ohne ein solches Hilfsmittel ist es ausgeschlossen, das Rad der Agitationsmaschine in Schwung zu halten. Es gilt, Aufklärung zu schaffen für Unorganisierte, Abwehr- und Angriffsmaterial für die Interessen der christlichen Metallarbeiterschaft und des christlichen Metallarbeiterverbandes, Stärkung und Festigung der eigenen Mitglieder. Gerade in heutiger Zeit tut die grundsätzliche und wirtschaftliche Schulung bitter not. Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder, kurz sämtliche führenden Kollegen, die im Tageslampfe stehen, wissen den Wert des Werbematerials zu schätzen.

Wissen sie es wirklich? Auf die Frage rundweg eine bejahende Antwort zu geben, heiße die Sache zu optimistisch ansehen. Es muß leider gesagt werden, daß ein Teil führender Kollegen, ja daß selbst Ortsgruppen, Verwaltungsstellen und nicht einmal die Kleinsten, im Laufe von zwanzig Jahren den immensen Wert guten Agitationsmaterials noch gar nicht richtig zu schätzen gelernt haben und oft damit umgehen, daß es einem Leib tun kann um die geistige Arbeit, die darauf verwandt wurde, um Druck, Papier- und Portokosten und vor allem Dingen um den verlorenen Einsatz an frischer Werbetätigkeit.

Unser christlicher Metallarbeiterverband hat im Laufe der Jahre eine ganze Reihe gediegener, über den Tag hinausgreifender Broschüren herausgegeben. — Es seien nur genannt: Um den Achtsundentag; Der Weg zum Aufstieg; Richtlinien für gewerkschaftliche Kleinarbeit; Ethischer oder materialistischer Sozialismus; Wohin geht die Reise im sozialistischen Metallarbeiterverband. Kommunisten und Sozialisten gegen den Achtsundentag. In neuen Flugzetteln: Von der Geschichte unseres Verbandes; der organische Aufbau unseres Verbandes; Dreigestirn gewerkschaftlicher Finanzkraft; Warum wöchentliche Zahlung des Verbandsbeitrages; Leistungen und Erfolge unseres Verbandes; Warum organisieren wir uns christlich; Metallarbeiter als falsche Rechner usw. Ferner die Merkblätter für unsere Betriebsratsmitglieder und sonstige führenden Kollegen. Nicht vergessen werden dürfen die „Bücher der Arbeit“, die zwar nicht von unserem Verband herausgegeben werden, deren sechs erste Nummern aber den Betriebsräten unentgeltlich zu ihrer Selbstschulung zur Verfügung gestellt wurden.

All dieses Werbematerial kostet eine ungeheure Summe Geld. Ein einziges kleines, vierseitiges Flugblatt kostet schon 25 Mark. Nun wird aber jedesmal eine Auflage von einigen Zehntausenden gedruckt, die als Werbematerial unentgeltlich geliefert werden. Eine einzige Auflage einer Flugchrift in Höhe von 50 000 Stück kostet dem Verband rund 1 1/2 Millionen Mark. Man sollte meinen, daß ein so teures und wertvolles Material überall in Kollegenkreisen genügend beachtet und bewertet würde. Aber leider geschieht!

Die Sorglosigkeit, mit der manche Ortsgruppen und selbst größere Verwaltungsstellen mit dem Werbematerial umgehen, deckt sich in solchen Orten genau mit der Auswertung oder besser Nichtauswertung des Materials für die Bewegung. Stöße von Flugblättern treiben oft in manchen Orten ein heruntergelommenes und verstaubtes Dasein; Merkblätter, für die Betriebsräte bestimmt, träumen an einigen Stellen den Winter Schlaf und die Betriebsräte haben dann hier und da keine Ahnung davon, was an Aufklärung für sie geschieht. Man kann es tatsächlich statistisch nachweisen, daß diejenigen Orte, die laut und gleichgültig in der Auswertung des Materials sind, nach der grundsätzlichen Seite hin sehr vieles zu wünschen übrig lassen.

Dafür ist also das Werbematerial nicht da, daß es jugendlich wird und dann an manchen Orten einer ungewissen Zukunft überantwortet wird. Das ist nicht sein Zweck, dafür sind die Verbandsgrößen wirklich nicht ausgelegt worden.

Das Werbematerial ist aber auch nicht dafür da, um wahllos, ziellos hinausgeworfen zu werden, seien es Flugblätter, Merkblätter oder „Bücher der Arbeit“. Als unser Verband den Betriebsräten eine Anzahl Nummern der „Bücher der Arbeit“ unentgeltlich überwies, machte man sich mancherorts die Sache sehr bequem und schickte den Betriebsräten die Bände zusammen ins Haus. Sie hatten sie ja jetzt, mochten sie sehen, wie sie damit fertig wurden. An den meisten Orten machte man es besser; man sondierte, gab einen Band langsam nach dem andern, gewissermaßen tropfenweise, und stellte sie nur solchen Betriebsräten zur Verfügung, die auch wirklich ihre Pflicht getan hatten. Aber nur an den wenigsten Orten ging man dazu über und besprach den betreffenden Band oder die Broschüre in Vorstandssitzungen, Vertrauensmännerversammlungen oder Betriebsratssitzungen. Das hätte überall geschehen müssen. Den großen leitenden Gedanken des jeweiligen Bandes hätte man den Kollegen darlegen, hätte ihnen einen Heberblick über das Stoffgebiet geben müssen. So aber hat man sie an den meisten Orten unvorbereitet an die Gedankenarbeit gehen lassen. Man täusche sich doch nicht darüber, daß das Durchstudieren eines Buches für das Gros der Arbeiterschaft eine Schwierigkeit bedeutet und wenn man als Endresultat kein oberflächliches Wissen, sondern ein Durchdenken wünscht, dann muß man sich auch die Mühe machen, den Kollegen auf dem schwierigeren Pfade geistiger Arbeit zur Seite zu stehen.

Solange das Werbematerial „unlos“ gegeben wird, läßt es jeder sich gefallen, aber wenn es ein paar Mark kostet,

wenn eine Broschüre gar 200 oder ein „Buch der Arbeit“ 1500 Mark kostet, dann ist es in den meisten Fällen aus. Trotzdem 200 Mark heute gar nichts bedeuten und man kaum den Preis dafür haben oder einen Korn oder eine Zigarre dafür kaufen kann. Aber diese Gleichgültigkeit in bezug auf Schriftenkauf muß weggeräumt werden, denn wer nicht kauft, liest nicht mehr und wer nicht liest, verbummt. Da liegt es nun am Geschick der führenden Kollegen, wie sie das Eis brechen. Es hat keinen Zweck, Broschüren — wie es geschieht — mit in die Versammlung zu bringen, sie auf den Vorstandstisch zu legen, oft sogar noch unausgepackt und nun mit stoischer Ruhe der Menge zu harren, die sich um die Bücher drängen soll. So eilig hat es selbst eine Führerkonferenz nicht. Da muß Moshamed schon selbst zum Berg gehen. Ein einziger Hinweis verfliegt im Wind. Das muß in die Versammlung hineingehämmert werden. Am Eingang des Saales einen Tisch mit den Verbandsbroschüren aufgestellt, ein geschickter Kollege als Verkäufer dahinter, im Kesperat Bezug auf diese oder jene Broschüre nehmen und außerdem einen Heißverlauf organisieren. Mit solchen Mitteln wird der Schriftverlauf und die Auswertung des Werbematerials an manchen Orten besser funktionieren, als es bis jetzt der Fall ist.

Ein erfreuliches Bekenntnis

zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern legte auf der letzten Tagung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin deren Vorsitzender, Herr Dr. Sorge, ab. Er führte nach Zeitungsberichten folgendes aus:

„Auch an der Fortführung der Arbeitsgemeinschaft kann kein Zweifel bestehen. Wir sind überzeugt, heute kann Deutschland nur bestehen durch das Zusammenhalten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und an dieser Stelle darf nicht gerüttelt werden, mag jeder auch vor dem Arztege dankt haben, wie er will.“

Leider sind diese Gedanken noch längst nicht in dem Maße, wie es im Interesse der deutschen Wirtschaft und des ganzen deutschen Volkes heute so notwendig wäre, Gemeingut aller Arbeitgeber geworden. In weiten Kreisen des Unternehmertums hat man den wahren Sinn der Arbeitsgemeinschaften noch nicht erfasst und betrachtet sie lediglich als in höchster Not aus bloßem Interessentrieb geborene Formsache. Das beweist das Verhalten so mancher Arbeitgeber und deren Vereinigungen der Arbeiterschaft gegenüber. Die Behandlung der Arbeiter in so vielen Betrieben, die Einbürgerung ihrer Vertreter in Betriebsräten und den Ausschüssen, die Stellungnahme zu berechtigten Arbeiterwünschen usw. tun dar, daß heute leider der Arbeiter als Produktionsgehilfe noch nicht anerkannt und gewertet wird.

Wir sind überzeugt, daß sehr viel Widerstand aus Arbeiterkreisen gegen die Arbeitsgemeinschaften schwinden würde, wenn die Ansicht von Dr. Sorge sich allgemein im Arbeitgeberlager durchsetzen würde. Das würde unbestreitbar von größtem Wert für das gesamte deutsche Volk sein.

Die Aenderung der Lohnsteuer

Erhöhte Wäzge ab 1. Juni.

Die bei der Lohnsteuer zulässigen Abzüge sind bekanntlich nach einem Beschluß des Reichstagsausschusses und des Reichsrats entsprechend der Geldentwertung, erhöht worden. Der Betrag der Lohnsteuer von 10 Proz. nt des Arbeitslohnes ermäßigt sich danach vom 1. Juni ab um folgende Sätze:

- Für den Steuerpflichtigen und für seine zur Haushalt zählende Ehefrau
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 1200 M monatlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 280 M wöchentlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 48 M täglich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 12 M für 2 angefangene oder vollendete Arbeitsstunden;
- für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 800 M monatlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 1920 M wöchentlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 320 M täglich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 50 M für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden.
- Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet.
- Zur Abgeltung der Werbungskosten
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 10 000 M monatlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 2400 M wöchentlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 400 M täglich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 100 M für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Das war kein Meisterstück, Ottavio!

Dieses Wort des Dichters Schiller fällt einem sofort in den Sinn, wenn man ein Urteil liest, das der erste Strafsenat des Kammergerichts Berlin gefällt hat und das sich gegen streikende Arbeiter richtet. In den Entscheidungsgründen heißt es: „Aberdings durfte der Angeklagte die Lehrlinge nicht deshalb von der Fortbildungsschule fernhalten, weil er sie in keinem Betriebe nötig gebrauchte. Er hätte dann vielmehr ihre Einbindung vom Schulbesuch rechtzeitig bei dem Lehrer beantragen müssen, damit dieser nötigenfalls die Entscheidung des Regierats einholen konnte. Obwe daß dem Antrage statt-

gegeben wurde, war die Zurückhaltung vom Schulbesuch unzulässig. Dazu kommt, daß es sich vorliegend um gewerbliche Lehrlinge handelte, und dem Angeklagten daher nach § 127 GG. noch die besondere Pflicht oblag, die Lehrlinge zum Schulbesuch anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Wenn er sie also im Interesse vom Schulbesuch ferngehalten hätte, so würde er damit die ihm obliegende Ausbildungspflicht verletzt haben.“

Nun hat aber die Strafkammer bei ihrer Entscheidung den besonderen Umständen der abzurteilenden Tat nicht Rechnung getragen. Nach den Urteilsfeststellungen hat der Angeklagte die Lehrlinge nicht in eigenmächtigem Interesse, d. h. nicht um deswillen, weil er sich einen Verdienst nicht entgegen lassen oder Kundtschaft nicht verlieren wollte, sondern der Hauptsache nach im Interesse der Allgemeinheit von dem Schulbesuch zurückgehalten. Es herrschte damals in Königsberg Klemmerstreik, und es galt die Erledigung unausschießbarer Notstandsarbeiten, um die Verödigung — bei der insolge strengen Frostes bestehenden Bruchgefahr an Wasserleitungen und Kanalisationsanlagen — vor schweren Leibes- und Vermögensschäden zu bewahren, die die Einwohner im Hinblick auf die ohnehin schon schwierige Wirtschaftslage ganz besonders hart getroffen hätten. Zur Vermeidung dieser Notstandsarbeiten bedurfte es der Anspannung aller verfügbaren Kräfte, und das waren außer dem Meister nur noch die Lehrlinge. Unter diesen Umständen mußte sich der Angeklagte in einem Pflichtwidertreite befinden. Auf der einen Seite bestand für ihn die öffentlich-rechtliche Pflicht der Anhaltung der Lehrlinge zum Besuch der Fortbildungsschule, auf der anderen Seite seine Berufspflicht die die schmerzhafteste Erledigung bringender Notstandsarbeiten unter voller Ausnutzung der Arbeitskraft auch der Lehrlinge erheischte, um möglicherweise unermesslichen Schäden von der ohnehin schon in schwieriger Lage befindlichen Bevölkerung abzuwenden. Wenn sich der Angeklagte in diesem Pflichtwidertreite zugunsten derjenigen Pflicht entschied, von deren Erfüllung die wichtigsten Belange der Allgemeinheit abhängen, so hat er damit nach der Auffassung des Senats richtig gehandelt.“

Dieses Urteil ist zunächst vom juristischen Standpunkte aus, wie das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften mit Recht schreibt, vollkommen unhaltbar. Wo steht geschrieben, daß der Glaube, man handle im Interesse der Allgemeinheit, straflos macht? Dann wäre ja auch schließlich der politische Mord erlaubt. Aber auch in sozialer Hinsicht geht das Urteil vollkommen fehl. Es gehört wirklich ein großes Maß Nivität dazu, anzunehmen, der Handwerksmeister habe die Lehrlinge nicht aus Eigennutz, sondern im Interesse der Allgemeinheit Streikarbeit verrichten lassen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Kammergericht nicht so weitherzig gewesen wäre, wenn der Fall umgekehrt gelegen hätte und wenn die streikenden Arbeiter sich darauf berufen hätten, sie streikten im Interesse des Fortkommens ihrer Kinder und im Interesse der Lebenshaltung der arbeitenden Kreise im allgemeinen. Wir werten tausend gegen eins, daß das Kammergericht sich da nicht nur dem Standpunkte der Arbeiter nicht angeschlossen, sondern sie mit dem Vorbringen überhaupt nicht angehört hätte. Einst war die Justiz des Kammergerichts in Preußen sprichwörtlich mustergültig. Wenn das Kammergericht noch viele verartige Urteile fällt, wird seine Volkstümlichkeit bald nur noch eine geschichtliche Erinnerung sein.

Sozialistische Jugenderziehung

In ihrem Kampfe gegen die Religion gehen die Sozialisten in Sachsen dazu über, die Kinder von der Konfirmation abzuhalten. Sie veranstalten zum „Erfolge“ hierfür „Jugendweihen“.

Nach den „Leipziger N. Nachr.“ kann man aus der Festrede einer solchen „Jugendweihe“ im roten Sachsen ersehen, welchen Geist die sog. Führer den jungen Leuten einimpfen möchten. Wie das Blatt schreibt, hat in einem der neu einverleibten Vororte von Leipzig es der Redner bei einer solchen „Feier“ fertiggebracht, von dem Zwange zu sprechen, unter dem die Kinder täglich fünf Stunden in ein Klassenzimmer gesperrt und mit guten Lehren bis an den Hals vollgepfropft worden seien. Man habe den Kinder immer wieder gesagt, sie sollten nicht tanzen, nicht rauchen, nicht spielen, nicht trinken, aber nunmehr seien alle frei, und kein Mensch kümmere sich mehr um das, was die Schulleitungen täten. Liegt schon in diesen Wendungen eine ungeheure Verhöhnung des ganzen Erziehungswertes, eine empörende Herabsetzung der mühevollen Arbeit der Lehrer, so werden aber doch diese zerhackten Worte noch überboten durch folgende Mahnung, die der „Weiheredner“ an die Bierzehnjährigen richtete:

„Seid ehrfürchtlos! Seid ehrfürchtlos gegen alles Vergangene, seid ehrfürchtlos gegen alles, was herkömmlich, was förmlich ist, achtet keine Vorbilder, seid nur ehrfürchtlos gegenüber dem Werden, gegenüber den Kindern!“

Mit Recht kritisiert das genannte Blatt diese „Weiherede“ mit folgenden Worten:

„Mit solchen gemeingefährlichen Redensarten wird in den Herzen der Jugend ein Feuerbrand entzündet, der nicht strahlend leuchtet, sondern alles einäschert und zerstört. Das ist das Bekenntnis zu einer frechen Zügellosigkeit, zu einem hemmungslosen Triebleben, bei jedem sittlichen Pflichtgefühl gegenüber den einzelnen Mitmenschen und der Volksgemeinschaft. Daß bei solch einem Jugendberzieher kein Verständnis für die gemütsbildende Kraft der Religion vorhanden ist, darf nicht mehr wundernehmen. Daß er mit seinen Worten jede Spur von Achtung vor den Eltern untergräbt, mögen die mit ihm ausmachen, die ihre Kinder solchem Gifte ausgefetzt haben. Daß er auch bei der aufstrebenden Tätigkeit der Lehrer in der Schule den Anspruch auf dankbare Anerkennung verweigert, das ist eine Angelegenheit, die nicht nur die durch diese schmähende Herabsetzung schwer gekränkten Unterrichtenden, sondern alle Staatsbürger schließlich angeht. Wenn eine ehrliche, fleißige Erziehungsarbeit von 8 Jahren so in den Schmutz geworfen wird, dann muß man für die staatsbürgerliche Betätigung dieser heranwachsenden die ernstesten Besorgungen hegen.“

Aus unserem Verbandsleben

Commerz. Die am 6. Mai stattgefundene Generalversammlung unserer Gruppe wurde vom Kollegen Döring eröffnet. Darauf erhaltene Kollege Hermann Banzart den Geschäftsbericht, in dem zunächst hingewiesen werden konnte auf die erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahl, die sich im Laufe des 1. Quartals um über 50 Prozent gesteigert habe. In entsprechender Weise haben sich auch die Kassenverhältnisse entwickelt. Kollege Banzart bittet die anwesenden Kollegen, mit dafür zu sorgen, daß die fälligen Marken pünktlich geleistet werden, da er monatlich, und zwar jedesmal bis zum 6. des neuen Monats mit der Verwaltungskasse abgerechnet haben muß. Der Bericht fand keine Beanstandung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erklärt Kollege Döring, daß er gewungen sei, den Vorkosten als 1. Vorsitzender niederzulegen, da er in den nächsten Tagen nach Duisburg übersiedelt. Er bittet die Kollegen, bei der Wahl des neuen Vorsitzenden darauf zu achten, ob der Kollege beschäftigt ist, auch in hiesiger Gegend, und ob er Sektion zu leiten, daß derselbe praktische Erfahrung und den nötigen Weitblick habe, in jeder Situation rasch und richtig zu handeln und bei auch bereit sei, unter persönlichen Opfern das allgemeine Wohl zu fördern und im Auge zu halten. Kollege Banzart dankt dem Kollegen Döring für seine arbeits- und opferreiche Tätigkeit hier am Orte sowie im ganzen Gebiet, und bittet die Kollegen, ihren Dank dadurch auszudrücken, daß sie sich von ihren Sektionen und ihren Kollegen wie bisher im Verbande zusammenhalten und zusammenarbeiten wollen. Er schlägt dann vor, daß die Generalversammlung den Kollegen Döring zum Ehrenvorsitzenden ernenne. Diesem Vorschlag wurde einstimmig und freudig stattgegeben. Es folgte dann die Neuwahl. Aus dieser Wahl ging Kollege Döring mit großer Stimmenmehrheit als Vorsitzender hervor. Darauf nahm Kollege Döring das Wort, macht zur Bedingung, das mehr wie bisher eifrige und fähige Mitarbeiter sich dem Vorsitzenden zur Seite stellen. Darauf dankt er den vielen und schmerzlichen Arbeit, die Kollege Döring als Mitglied unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes in all den Jahren geleistet hat und spricht ihm seinen persönlichen Dank aus, rufft ihm auf seinem ferneren Lebensweg ein heiliges „Gott auf“ zu.

Da der bisherige Schriftführer nur sein Interesse zeigte, seinen Posten auszufüllen, wurde der Kollege Johann Esser als neuer Schriftführer vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Damit demnächst die Generalversammlungen besser besucht würden, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Es wird in der nächsten Zeit eine Generalversammlung stattfinden, und die Kollegen, welche nicht erscheinen ohne dringende Entschuldigung, müssen eine Strafe von 20 M zahlen. Dieses Geld wird verwendet zur Unterstützung in Not geratener Kollegen oder Witwen. Die Einladung zu der Generalversammlung muß acht Tage vorher erfolgen.“

Unter Punkt Besichtigtes wurden unter anderem auch Fragen über gemeindliche Führung gestellt. Der Kollege Döring empfiehlt den Funktionären, sich nach Möglichkeit nach Köln an die Verbandsbüro zu wenden, die einen Sitz in dem sogenannten Zentralbau, Unterausschuß haben.

Nachdem von den beiden Kassendirektoren die Kasse für richtig und geprüft erklärt worden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Daraufhin schloß Kollege Döring die Versammlung mit Worten der Ermunterung zu weiterer, eifriger Arbeit.

Elben. Der Gesangchor unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes Elben weihte am 21., 22. und 23. April in der Reichshauptstadt, wo er zum Besten des Deutschen Volksopters mehrere Konzerte gab. Im Namen des Reichsregierers wurden unsere Kollegen vom Reichsarbeitsminister Brauns begrüßt; an der offiziellen Begrüßungsfeier nahm auch Reichspräsident Ebert teil. In dem für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes besonders veranstalteten Konzert am 23. April kam so recht das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Ost und West zum Ausdruck. Die Leistungen der Elbener Arbeiterkämpfer fanden in der Öffentlichkeit die größte Bewunderung; besonders Anerkennung sollte man dem Dirigenten, unserem Kollegen Hengstfeld, die Verantwortungen gaben den Beweis ab, daß in der Arbeiterkämpferin stilles Streben nach Kultur waltet und daß Leistungen hervorgerichtet werden, die mit Recht erfreulich stimmen können.

Essenkirchen. Das im vorigen Jahre am 1. Mai sich bei der Vollenkühner Bergwerks-A.G., Abteilung Giecherei, hierher erst vollzogene Schauspiel der gewalttätigen Bedrückung nicht jeder Arbeiter ist in diesem Jahre wiederholt worden. Der Beweggrund und die inneren Triebe waren die gleichen wie 1922. Haß und Fanatismus gegen nichtfeindliche, besonders gegen christlich organisierte Arbeiter. Schon am Tage vorher ging ein lautes Rausen durch das Werk, demzufolge durch von auswärts herangezogene Elemente am ersten Montag bei der G. B. A. G. aufgeräumt werden sollte mit denen, die es wagen würden, den „Reichstag“ zu „entheiligen“. Die überwiegende Mehrheit der Belegschaft ließ sich im Gegensatz zum Vorjahre jedoch nicht einschleichen, sondern erwies sich zur Arbeit. Nach dem Matseierumzug zogen „Freiheits-“ und „Friedenshelden“ vor das Werk und drangen in das Vorfließhaus und die Betriebe ein, um die dort Beschäftigten zu belästigen. Als nun Feierabend war, waren die das Werk Verlassenden, genau wie im vorigen Jahre, den größten Versuch im Zuge ausgesetzt, wobei eine ganze Reihe von Leuten noch mit Fußstapfen bedacht wurden. Das Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes F. J. Schell suchte als Arbeiterkämpfer die rote „Baderlebe“ zu sanftigen. Doch plötzlich wurde er ins Gedränge gezogen und in der brutalsten Weise durch Stöße, Schläge und Fußtritte mißhandelt. Ein wegen seiner Fremdenfreundlichkeit vom Werk entlassener Ausdeutsche mit Namen Konrad bewegte sich bei dieser Szene im Vordergrund und gab das Kommando: „Haut ihn, Haut ihn!“ Ein Ingenieur schützte F. J. Schell vor seinen eigenen Klassenfeinden.

Aus dem Lehrlingswesen der Neuzeit

(Schluß.)

O. B. Als Erziehungsvertrag, der als Ziel die Ausbildung im Beruf hat, kann er nicht mehr angesehen werden. Die Lehrlingsgüter hat in vielen Betrieben überhand genommen. Die Fälle mehren sich, daß Handwerksmeister mehrere Lehrlinge und keine oder nur wenige Gehilfen beschäftigen. Würde der Lehrvertrag nur als Erziehungsvertrag gelten, müßte der Handwerksmeister seinen Gewerbebetrieb nur geöffnet haben, um jungen Menschen Gelegenheit zur beruflichen Ausbildung zu geben. Dieses trifft wohl in den meisten Fällen nicht zu. Der Zweck der Betriebszweckung ist unerkennbar ein wirtschaftlicher, und darauf ist die Tätigkeit der Lehrlinge eingestellt. Von Handwerksmeistern selbst wird hierdurch dem Lehrvertrag der Stempel eines Arbeitsvertrags aufgedrückt.

Die angeführten Beispiele lassen sich beliebig vermehren, wird dem Lehrlingswesen von allen Seiten mehr Beachtung geschenkt. Sehr viele Mängel werden unangekündigt. Die Lehrlinge werden die Auflösung des Lehrverhältnisses durch den Lehrherrn befürchten. Das Lehrlingswesen von heute bedarf der dringenden Verbesserung. Hier Wandel zu schaffen, kann nicht nur die Aufgabe der Meister und Zünfte sein, sondern muß Gemeingut aller werden. Viele Jahre hindurch war der Handwerksmeister Gelegenheit gegeben, den Lehrlingen einzutreten zu lassen und eingehende Kenntnisse zu beschaffen. Dem Handwerk fehlte die Kraft, der Mut zum Durchgreifen, den Zünften und Handwerkskammern, Auswüchse zu verhindern oder doch auf das geringste Maß zu beschränken. Das Bestreben der christlichen Gewerkschaftsbewegung, in Lehrlingsfragen ein Wort mitzuspoken, hat keine Berechtigung, denn auch sie ist an einem guten Nachwuchs wohl in noch größerem Maße beteiligt, als der Handwerksmeister. Für einen großen Teil der Meister ist der Leh-

rentenstand die geistliche Sühne nicht ausbleiben für die, die da glauben, freilebende Arbeiter am heiligsten Tag überfallen zu können. Wenn schon im vorigen Jahre das gleiche Wort gehen der Sozialer Schattierungen in nur noch schlimmerer Aufmachung und unter offensichtlich Führung, Geld und Abfall bei allen rechtlich denkenden Kreisen auslöste, so erst recht in diesem Jahre die Wiederholung angefaßt der französischen Besatzung. Der Schandfleck solcher Freveltaten bleibt aber auf denen hängen, die im vorigen Jahre den Anfang gemacht haben, und nun nicht die Götter bändigen können, die sie tiefen und die auf Grund der Erziehung, die sie der Masse aufzuerlassen und sich unter der Massenaggression beugen. Mit allen Mitteln wird solchen sinnlosen und gemeinen Terror entgegengetrieben, bis Vernunft und Toleranz auch bei denen sich durchgesetzt hat, die heute noch glauben, in Worten für Freiheit, Ehre und Frieden demonstrieren zu dürfen, in der Praxis aber sich wie Wilde ihren Standesbrüder gegenüber verhalten und damit die Schrittmacher der Reaktion und die Missetäter der gewerkschaftlichen Organisationen sind. Recht und Freiheit aber nicht Macht und Gewalt, sind die Schrittmacher geistlichen Fortschritts und veredelnder Kultur. Dieses möge sich ganz besonders die kommunistische „Arbeiterzeitung“ merken, die in ihrer Nr. 107, vom 11. Mai, zu dem obigen Fall ihrer freudigen häßlichen Ironie Ausdruck gab. P. J., einer solchen Moral und Auffassung.

Die christliche Arbeiterkämpfer muß daraus ihre Schlüsse ziehen und darf nicht in Straftat und Demut solche Methoden hinnehmen, sondern Zusammenhänge und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation, des Christlichen Metallarbeiterverbandes, ist die Antwort. Entfallt eure Verbekraft, dann seid ihr stark und mächtig.

Leipzig. Der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands, Verwaltungsstelle Leipzig, Düringstraße 30, hielt am vergangenen Sonntag seine diesjährige Bezirksversammlung ab, die von allen Ortsgruppen, besonders von Leipzig, gut besucht war. Der Leiter der Verwaltungsstelle, Kollege Krumpholtz, eröffnete die Konferenz und betonte die Wichtigkeit einer solchen Ausdehnung. Der im Laufe der Tagung erschienene Bezirksleiter Schamel überprüfte die Größe des Gesamtverbandes beruflicher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften.

Bezirksleiter Gierh (Chemnitz) behandelte in sachlicher und interessanter Weise das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Aufgaben der Arbeiterkämpfer im neuen Deutschland“. Redner wies nach, daß sich die Lage der Arbeiterkämpfer, ganz besonders der Metallarbeiter in Sachsen, nach dem Kriege immer mehr verschlechtert habe. Hinzu kommt die oft verhängnisvolle, durch politischen Zwist verursachte Taktik der freien Gewerkschaften, die hier und dort kein der Besserung vorzudrängen. Vom Ende des Krieges über die Nachkriegszeit mit ihren verdränglichen wilden Streiks und politischen Ausschüßungen bis in die Gegenwart der Aufhebung der Arbeitervereine ein Bild von den Rechten und Pflichten der Arbeiterkämpfer im neuen Deutschland. Unsere Aufgabe ist es weiter, den Arbeitnehmern, die den Herrenstandpunkt nicht aufgeben wollen, von der Berechtigung der sozialen Forderungen der Arbeiterkämpfer zu überzeugen. Zum Schluß erging an alle Kollegen der Mahnung, eifrig einzutreten für die Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und besonders des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Reichler Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag.

Nach der Willkommensrede sprach der Kollege Krumpholtz über das Thema: „Die Aufgaben der Vorstandsmittglieder und Vertrauensleute im Christlichen Metallarbeiterverband“. Er schilderte eingehend die Rechte und Pflichten der Funktionäre und betonte, daß die Vertreter von einem starken Verantwortungsgefühl sein getragen sein müssen und daß es sich um Position handelt, die höhere Ehre nicht einbringen, wohl aber harte Arbeit erfordern. Aus der reichen Fülle der gemachten Erfahrungen gab der Redner ein anschauliches Bild des unheimlichen Terrors, der von den Mitgliedern des D. M. V. gegenüber Andersdenkenden geführt wird, und erinnerte an die letzten Vorgänge in der deutschen Kugelschreibfabrik, wo man glaubte, unetern Mitglieder der sozialistischen Bewegung mit der Fäulnis einhimmeln zu können. Er lobte die Beteiligten für ihr entschlossenes Verhalten bei dem letzten unangenehmen Streik in Leipzig. Er dankte allen Mitarbeitern für die eifrigste Tätigkeit und forderte auf, Schulter an Schulter den Kampf um die Durchführung der Rechte der Arbeiterkämpfer weiterzuführen.

In der Diskussion kam das Verständnis für beide Vorträge, das Verständnis für unermüdliches Ausharren zum Ausdruck. Die Delegierten verließen die Konferenz mit dem Bewußtsein, für die weitere Arbeit gestärkt zu sein.

Hohenlimburg. Christ Himmelfahrt hatte der Christliche Metallarbeiterverband seine Mitglieder, Freunde und Gönner zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, um einen Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Steinacker aus Menden über das Thema: „Was das Christentum oder die Sozialdemokratie arbeiterkämpfer“ entgegenzunehmen. Es hatten sich auch einige Freidenker, Mitglieder des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, eingefunden.

Der Vorsitzende, Kollege Gramann, trat einleitend, daß die Versammlung deshalb einberufen sei, um Stellung zu nehmen zu der Verhöhnung des Christentums von Seiten der freien Gewerkschaften im Matiuma. Er führte aus, daß die freien Gewerkschaften beim Matiuma Schilber öffentlich getragen hätten, die um Austritt aus der Kirche aufgefordert hätten und daß sogar ein Schild dabei gewesen wäre auf dem ein katholischer Geistlicher in einer nicht mehr zu übersehender Gemeinheit abgebildet gewesen wäre. Auch die christlichen Gewerkschaften, die auf dem Boden des Christentums ständen, so führt er weiter aus, könnten sich eine solche Verhöhnung nicht gefallen lassen.

Der Dampfhammer

Freilich, wenn James erwartet hätte, daß der klingende Bohrer für seine Arbeit, der ihm widerfahrenen Auszeichnung, so schnell ins Privat-Atelier zu kommen, entsprechen würde, wäre er arg enttäuscht gewesen. So aber war er zufrieden, als ihm am Monatsende ganze 40 Schilling ausgehändigt wurden. Da hieß es nun verfilzt sparen. Er konstruierte und baute sich eine Rahnmaschine, bereitete sich darauf sein Eisen selbst und brachte es fertig, mit dieser knappen Löhnung auszukommen, ohne von seinen Eltern auch nur einen Schilling Zuschuß zu erbitten.

Kollege Steinacker behandelte dann das Thema in einer 1 1/2 stündigen Rede und wies in klaren Ausführungen nach, daß nicht das Christentum, sondern die Sozialdemokratie arbeiterkämpfer wirkt. Er schilderte den Niedergang des Sozialismus und der freien Gewerkschaften und kam dann auf ihr Programm, welches schon zum dritten Male gewechselt werden mußte, zu sprechen. Er verwies auf es im einzelnen und kam dann zu der Auffassung, daß heute kein einziger mehr sozialistischer Führer mehr an den — von der Sozialdemokratie so viel gepriesenen — Zukunftskampf glaube. Weil die Sozialdemokratie ihren Kampf für verloren hält, deshalb auch die Verweigerung in diesem Lager, die sich äußert in: Sozialdemokratie gegen sozialistischer Bekämpfung. Terror, Betrug, Verführung des Christentums usw. Diese Tatsachen beweisen uns so recht, daß wir christliche Gewerkschaftler auf dem richtigen Wege sind. Am Klassenkampf, der sich auswirkt zum Kampf von Mensch zu Mensch, wird die Sozialdemokratie zugrunde gehen müssen. Eine Partei, die den Klassenkampf, ja selbst den Terrorismus gegenüber den eigenen Kampfgenossen preibißt, wie es die Sozialdemokratische Massenstimme tut, indem sie sagt: „Sie (die Christlichen) verdienen nicht, unter die christlichen Arbeiter gezählt zu werden, sondern es muß endlich einmal begonnen werden, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen“ und „dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden“. Eine solche Partei muß sich selbst vernichten. Auch in Hohenlimburg werden einmal die Terrorismussälle ihr Ende finden. Redner muß dann weiter die Frage auf: Wie steht es gegenüber dem Christentum? Christus, der Stifter des Christentums, gehörte dem untersten Stande an und er nahm sich im Besonderen der Armen an. Seine Kinder waren meistens arme Fischerkinder. Das alles erkennt die Sozialdemokratie heute an, nachdem sie ihn 40 Jahre lang und noch mehr als geistlichen Juden und Schwindler hingestellt hat. Lesen wir seine Lehre, lesen wir seine Gebote, lesen wir die Bibel, und wir werden finden, daß das Christentum allen Menschen und auch den Arbeitern gleich angetan ist und auch heute noch. Die Sozialdemokratie beurteilt die Menschen rein materialistisch, d. h. rein körperlich, hingegen das Christentum die Menschen geistlich betrachtet und den Körper zunächst nur als Werkzeug der Seele betrachtet.

Das Christentum hat die Sklaverei verbannt und die Frau erbeutet. Das Christentum sagt: Nicht der Mensch ist Eigentümer der von Gott geschaffenen Güter, sondern Gott allein. Die Menschen haben nur die zugeleiteten Güter zu verwalten und dafür Rechenschaft abzulegen. Im Zeichen des Christentums muß und wird uns die Welt untertan werden. Gott hundert Tausen rufen und kämpfen die Menschen — ohne Erfolg — weil sie gegen Gott ankämpfen; und wie ist es geworden: besser oder schlechter?

Bestimmen wir uns deshalb. Der Mensch muß sich selbst erkennen mit seinen Fehlern und Schwachheiten, dann erst sieht er sich im Spiegelbild der Nächstenliebe, dann erst sieht er seine Mitmenschen, seine Umgebung, die Gesellschaft, den Staat mit seinen Einrichtungen. Erst dann ist er in der Lage, den heiligsten Stern des Jüdes des Menschen auf Erden zu sehen. Erst dann wird sich die Menschenliebe wie ein loderndes Feuer fortzupflanzen und auswirken zum Wohle der Menschen und auch der Arbeiter.

Der sozialistische Redner versuchte die Ausführungen des Redners zu widerlegen, mußte aber zugeben, daß Steinacker das Thema sachlich behandelt habe. Nachdem der Referent mit einigen Sätzen die Ansicht des Freidenkers als irrig und verhängnisvoll gekennzeichnet hatte, wird eine Entschuldigende einstimmig angenommen, die sich scharf gegen die christlichenfeindlichen und arbeiterkämpferischen sozialistischen Tendenzen wendet.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus fällig sind, so ist für Sonntag, den 27. Mai der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Mai bis 2. Juni, und für die Zeit vom 3. bis 8. Juni der 24. Wochenbeitrag fällig.

Es haben folgende Ortsverwaltungen das angeforderte Material noch nicht überandt: Aachen, Augsburg, Aue, Gleimitz, Hamborn, Höchst, Kiel, Regensburg, Saarbrücken, Schramberg, Singen a. H., Stolberg, Ulber, Würzburg.

Mit den Lohnbewegungsberichten (Formular 40a) sind noch in Rückstand: vom 3. Quartal: Schwelm, Witten, Saarbrücken, St. Ingbert, vom 4. Quartal: außer den vorher genannten Ortsverwaltungen: Bepdorf.

Es ist beklammend, daß so manche Ortsverwaltungen sich nicht an pünktliche Erledigung der statistischen Arbeiten gerieren können. Wir ersuchen nunmehr auf diesem Wege um sofortige Zufendung des längst fälligen Materials.

Sonstige Anzeigen

Wir suchen für unsere Messing- und Kupferbohrer und sonstige Arbeiten einen zuverlässigen verheirateten Mann in dauernder Stellung. Elektrotechnische Apparate-Bauanstalt Joh. Leidel

Für ein im bayrischen Alpenvorland gelegenes Werk, welches Hochleistungsmaschinen und Wasserstrahlmaschinen herstellt, werden tüchtige Schlosser, Meher, Fräser und Schmiede gesucht. Für Wohnungen ist gesorgt. Bezahlung nach Tarif der bayerischen Provinz-Metallindustrie. Angebote mit näheren Angaben über Lebenslauf und bisherige Beschäftigungen unter Chiffre „G. D.“ an Echo v. Diederichsen, Duisburg

Zwei Jahre war James Rasmuth bei Henry Maudslays, hatte den alten Herrn sich als Gönner erworben — natürlich war auch sein Einkommen ganz bedeutend gestiegen — und hatte Lust, Ingenieur in dem großen Werke zu werden. — Da starb plötzlich der Fabrikherr 1831, und sein Nachfolger hatte kein Verhängnis für die geniale Begabung des jungen Zeichners James Rasmuth. Ein Jahr noch blieb er in der Fabrik, dann packte er sein Bündel und lehrte, von plötzlichem Heimweh gepackt — übrigens eine bekannte Erscheinung bei Schottländern — nach Edinburgh zurück. Er eröffnete dort ein Geschäft mit mechanischen und technischen Gerätschaften, was auch ganz gut ging. Trotzdem rebelle er aber bald nach Manchester über, weil ihm diese tätige und aufstrebende Fabrikstadt ein besseres Arbeitsgebiet für seine Apparate und Instrumente erschien. — Er packte eine alte Mühle, richtete hier sein Geschäft ein, aber als das verfallene Baumwerk unter der Last seiner eigenen Geräte zusammenbrechen drohte, zog er ein Stück weiter. In der Gegend von Manchester — Liverpool liegt der Ort Patricroft, dort packte er auf 90 Jahre ein Grundstück, errichtete Schuppen und Hallen und setzte seine Fabrik für Maschinen und Geräte in Betrieb. — Das Geschäft, von James umhüllt geleitet, gewann so rasch an Umfang, erhielt so viel Aufträge, daß er noch einen kapitalkräftigen Mann namens Gasell als Kompagnon aufnehmen mußte. — Der Ruf der James Rasmuthschen Maschinenfabrik war bereits ein recht guter. Man wußte, daß dort zuverlässige und vor allem moderne Maschinen mit eigenartigen, vom Fabrikherrn selbst erfundenen Verbesserungen zu haben waren. — Es lag schließlich Stück auf dem Unternehmern. Es sollte sich rasch steigern.

Wirtschaftsrundschau

Unsere Wirtschaft

Wird auch im letzten Monat die Auswirkung dem fremden Einfluß in unser Wirtschaftsleben.

Eisen- und Metallindustrie.

Im besetzten Gebiete hat sich die Lage der Eisenindustrie, so beschränkt Nr. 8 des Reichsarbeitsblattes, unter den militärischen Maßnahmen verhalten. Teilweise mußten Hochöfen, Stahl- und Walzwerke ihren Betrieb einschränken oder stilllegen und die Arbeiter mit Instandsetzungs- und Hilfsarbeiten beschäftigen. Trotz der Schwierigkeiten ist aber die Lage selbst für das neubesetzte Gebiet, wie der Bericht der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betont, keineswegs derart, daß die Industrie nicht noch lange durchzuführen vermöchte.

Im unbesetzten Deutschland war eine gewisse Verlangsamung der Beschäftigungsabnahme nicht durch Kohlen- und Eisenmangel bedingt, sondern durch die Zurückhaltung der Abnehmer infolge der Erwartung von Preisrückgängen. Nach 155 Einzelberichten für 166 000 Beschäftigte der Eisen- und Metallindustrie waren nach 70 v. H. der Beschäftigten mit gutem oder befriedigendem Geschäftsgang tätig, 30 v. H. gehörten schlecht beschäftigten Betrieben an.

Die Nachfrage nach Eisen war im besetzten Gebiet, wo an sich genügend Rohisen zur Verfügung steht, recht lebhaft; es litt aber der Bedarf unter Verkehrserschwerungen. Im unbesetzten Gebiet, wo die Nachfrage infolge der Absperrung des Ruhrgebietes sich anfangs außerordentlich kurzweilig gestaltete, mußte ausländisches Eisen in großem Maße hinzugekauft werden, um den Bedarf im großen und ganzen voll decken zu können. Die Nachfrage ist auch selbst für Rohisen in letzter Zeit weniger dringlich geworden; besonders machte sich auch in Obersachsen in der zweiten Hälfte des Monats eine Zurückhaltung der Verbraucher in der Tägung neuer Aufträge mit Rücksicht auf erwarteten Preisrückgang bemerkbar; die Vorratskäufe hörten ganz auf, vielfach verfügten die Verbraucher über reichliche Bestände. Auf dem Berliner Metallmarkt herrschte im März für Angebot wie Nachfrage Zurückhaltung. Durch Kapitalmangel genötigt, kamen zeitweilig Verkäufer in größerem Umfange hervor, doch nicht in solchem Ausmaße, daß sie dem Markt erhebliche Belebungen brachten.

In Obersachsen hat die Beschäftigung der Gießereien nachgelassen. Auch die badische Eisengießerei hatte schwachen Beschäftigungsgrad, da Abnahme im Eingang neuer Bestellungen. Der Export rostet, da die Rohisenpreise über dem Weltmarktpreis liegen (S. R. Bericht Waprentsch).

Für die Lage der Solingener Kleinmetallindustrie ist Stodung des Eingangs an neuen Aufträgen kennzeichnend. Die Betriebe mußten vielfach dazu übergehen, auf Lager zu arbeiten. Die Kleinmetallindustrie des Hagener Bezirks war im März im allgemeinen noch voll beschäftigt, trotzdem auch hier über Auftragsrückgang zu klagen ist. In der Werkzeug-, Schloß-, Beschlag- und sonstigen Kleinmetallindustrie des bergischen S. R. Bezirks hat sich die Lage ebenfalls verschlechtert, da die Preise der Wettbewerbsländer unter den deutschen Preisen liegen. Die Schmalldener Kleinmetallindustrie klagt über schlechten Eingang von Aufträgen aus dem Ausland. Ein Teil der Firmen mußte zu Betriebserschließungen übergehen.

In der Pforsheimer Edelmess- und Schmiedwarenindustrie hat sich die rückläufige Geschäftslage infolge der Festigung der Marktschwierigkeiten. Fast alle Zweige dieser Industrie berichten über Absatzschwächen und Rückgang neuer Aufträge, so daß der Beschäftigungsgrad sich schwächer als im Monat Februar gestaltet hat. Das Auslandsgeschäft lag ebenso wie das Inlandsgeschäft tiefer als im Vormonat. Vollbeschäftigung wird noch für feinstverarbeitete Metallwaren berichtet. Da ansehnliche Bestände an Aufträgen vorliegen, wird hier trotz des Rückganges neuer Bestellungen die Beschäftigung auch noch für die nächste Zeit befriedigend sein.

Maschinenbau.

Die Lage im Maschinenbau ist im großen und ganzen zwar rückläufig, doch ist der Rückgang nicht allgemein. Es ist ein Rückgang im Eingang an Neuaufträgen eingetreten. Insbesondere wird darüber geklagt, daß langfristige Aufträge und Bestellungen großer Objekte fehlen. Die meisten Betriebe sind mit der Aufarbeitung älterer Aufträge beschäftigt, da diese aber im März nicht mehr bei allen Firmen zu voller Beschäftigung für längere Zeit ausreichten, so wurde teilweise zu Arbeitsfreistellungen übergegangen; ein Teil der Firmen im Handelskammerbezirk Berlin arbeitet zurzeit noch nicht mehr als 24 Stunden. Im Breslauer Bezirk sind die Lokomotiv-, Wagen- und Maschinenbauanstalten trotz spärlichen Einganges neuer Aufträge zurzeit ausreichend beschäftigt. Nach 277 Einzelberichten an das Reichsarbeitsblatt für rund 368 000 Beschäftigte bezeichneten etwas über zwei Fünftel im Vergleich zu drei Fünfteln im Vormonat den Beschäftigungsgrad als schlecht. Befriedigend bzw. gut war er für fast drei Fünftel, gegen fast sieben Fünftel im Vormonat. Die Versorgung der Betriebe im unbesetzten Deutschland mit Brennstoff und Eisen hat in umfangreichem Maße Erfolg in ausländischem Rohisen und Brennstoffen gefunden. Im neubesetzten Gebiet konnten wegen der von der Besatzung eingebrachten Sperre Betriebsmaterialien vielfach überhaupt nicht herangebracht werden.

Lokomotivbau.

Wird erheblicher Rückgang des Beschäftigungsgrades von den Handelskammerberichten Berlin wie Kassel festgestellt. Bemerkenswerte Bedarfsfälle seitens des Auslandes lagen nicht vor, nur vom Balkan her kamen einige kleinere Aufträge, ebenso aus Südamerika. Auch für leichte Lokomotiven ist das bereits in dem Vormonat erwähnte Geschäft noch stiller geworden, auch hier, weil die Interessenten in Erwartung eines Preisabbaues sich größere Zurückhaltung anfertigen (S. R. Bericht Berlin). Die Einzelberichte betonen, daß die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung nicht besonders scharf gemacht haben, da die Behinderung der Fabrikation infolge fehlender Materialien sowohl durch Maßnahmen des Eisenbahnbetriebs als auch durch gegenseitigen Austausch fehlender Teile seitens der Lokomotivfabriken unter sich nach Möglichkeit ausgeglichen werden konnte.

Die Waggonbauanstalten

haben trotz Schwierigkeiten in der Baustoffversorgung ihre Betriebe fast ohne Einschränkung aufrecht zu erhalten vermocht. Auch im Ruhrgebiet, wo die Versorgung mit Koh- und Grundstoffen auf dem Bahnweg vielfach lahmgelegt war, konnte die Erzeugung z. T. in normalen Grenzen fortgeführt werden. Im unbesetzten Deutschland ist die Fortführung der Betriebe, soweit sie die Baustoffbeschaffung angeht, nicht unglücklich. Der vorhandene Auftragsbestand gewährleistet für die nächsten Monate ausreichende Beschäftigung. Arbeitszeitverkürzungen sind im unbesetzten Deutschland nicht eingetreten.

Die Fahrradindustrie

hat im März mangelhaften Auftragszugang gehabt, da durch die Marktfestigung die Preise für das Ausland gestiegen sind, im Inland aber die Zurückhaltung gelbt wird. Es konnte im allgemeinen der Arbeiterbestand aufrecht erhalten werden, teilweise waren aber Arbeitszeitverkürzungen nicht zu vermeiden. Bei den Firmen im besetzten Gebiet ist es bereits zu Betriebsstilllegungen gekommen. In der Pfalz ist infolge der Errichtung der Rheinpolizone der Bestand nach dem unbesetzten Deutschland wie nach dem Ausland eingestürzt. Infolgedessen Arbeiterentlassungen. Als schlecht wird die Lage der Fahrradlaternenindustrie gekennzeichnet; Kurzarbeit vorübergehend notwendig. Störungen im Auftragszugang sowohl aus dem In- wie aus dem Ausland sind für die Beleuchtungs- und Signalinstrumentenherstellung für Kraftfahrzeuge eingetreten.

Der Schiffbau

steht ebenfalls unter dem Zeichen des Auftragsmangels. Im Bezirk des Landesamtes Hannover herrschte im ersten Drittel des Monats noch lebhaft Tätigkeit. Auch in Hamburg hatten Neubestellungen von Kupferstählen und Kupferlegern stattgefunden. Um die Mitte des Monats erfolgten in Hamburg, Bremen, nach Fertigstellung größerer Dampfer und in Brake (Oldenburg) Arbeiterentlassungen. Einige Werften des Kieler Bezirks waren im März noch mit Aufträgen auf Schiffneubauten versehen.

Die U. S. Steel Corporation

steht das größte Unternehmen der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie dar. Nach dem Geschäftsbericht dieses Unternehmens stellt sich die Lage desselben folgendermaßen dar.

Der Reingewinn der U. S. Steel Corporation beläuft sich für das Jahr 1922 auf 39 653 455 Dollar gegen 36 617 017 Dollar im Jahre 1921. Seit 1914 erzielte die U. S. Steel Corporation folgende Reingewinne (in 1000 Dollars):

1914	23 371,	1919	79 599,
1915	75 068,	1920	109 059,
1916	271 406,	1921	36 617,
1917	222 618,	1922	39 653,
1918	136 902,		

Die Gewinnziffern aus den Jahren 1915 bis 1918 lassen erkennen, welche ungeheuren Kriegsgewinne dieses Unternehmen und im gleichen Verhältnis wohl die gesamte amerikanische Industrie erzielt hat. Die Zerstückelung der Völker in Europa war für Amerika ein Goldregen. Auch die in den Jahren 1919 und 1920 erzielten Gewinne zeigen den Vorsprung, den die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie auch in der Nachkriegszeit gegenüber den europäischen Staaten gewonnen hat.

Über die Produktion in den Jahren 1921 und 1922 gibt der Bericht folgende Ziffern (Tonnen):

	1921	1922	Steigerung in %
Rohs	13 287 058	9 825 264	34,7
Eisen	12 027 163	8 678 262	38,6
Stahl	16 082 285	10 966 347	46,7
Stahlprodukte	11 785 331	7 860 334	49,9

Gegenüber dem Vorjahre zeigt sich durchweg eine beträchtliche Steigerung der Erzeugung. Die Gesamtlage der Aufträge, welche die Gesellschaft im Laufe des Jahres 1922 erhielt, betrug etwas über 90 Prozent der Leistungsfähigkeit der Werke. Tatsächlich betrug aber die Produktion im Jahre 1922 nur 71,3 Prozent der vollen Leistungsfähigkeit, da die Streiks im Kohlenbergbau und bei den Eisenbahnen im Sommer 1922 Hörend auf den Betrieb zurückwirkten. Insofern bedeutet auch diese Ziffer einen sehr wesentlichen Fortschritt gegen das Vorjahr, in welchem der durchschnittliche Beschäftigungsgrad nur 47,5 Prozent der vollen Leistungsfähigkeit erreicht hatte. Im 1. Vierteljahr 1922 war dagegen der Beschäftigungsgrad bereits auf 75 Prozent der Leistungsfähigkeit gestiegen. Am Schluß des Jahres 1922 belief sich der Betrag der unerledigten Aufträge auf 6 745 703 Tonnen gegen 4 268 414 Tonnen zu Ende des Jahres 1921.

Der gesamte Absatz ergibt für die Jahre 1922 und 1921 folgende Ziffern in 1000 Dollars:

	1921	1922	Steigerung der Abnahme
Absatz im Inland	646 592	563 093	83 498 14,33
Ausfuhr	75 311	92 313	17 002 18,42
Insgesamt	721 903	655 407	66 496 10,15

Während also die Ausfuhr sich im letzten Jahre verhältnismäßig hat, ist dieser Ausfall nicht bloß durch vermehrten Inlandsabsatz wieder eingeholt, sondern wesentlich überholt worden. Es zeigt sich auch hier, daß die Ausfuhr nur einen Bruchteil der Erzeugung darstellt. Der Inlandsabsatz ist aber nicht bloß in Amerika, sondern auch in Deutschland für die deutsche Industrie von allergrößter Bedeutung. Es muß auch bei uns auf die Dauer zum Zusammenbruch der Industrie führen, wenn die weitesten Volksteile durch die Geldwertverminderung und den Arbeitsmangel nur eine Entlohnung gemährt wird, die ihnen nicht die Führung einer angemessenen Lebenshaltung möglich macht.

Der Geschäftsbericht zeigt, daß er Rückschlüsse auf das gesamte amerikanische Wirtschaftsleben zuläßt, daß dort eine Erholung von der Krise eingetreten ist und die Industrie einer neuen guten Konjunktur entgegengeht.

Abrechnung der Hauptkasse 1922

Einnahmen	
Rassenbestand einschl. Postfidejuzgaben	104 744,88
Von den Verwaltungenstellen eingehandt	257 210 655,58
Bank-Entnahmen	47 450 950,89
Zinsen für angelegte Gelder	320 277,56
Zurückbezogene Darlehen	1 689 178,44
Beiträge von Einzelmitgliedern	6 884,75
Von Postbeziehern der Verbandsorgane	8 081,35
Für Bücher und Schriften	1 618 122,75
Sonstige Einnahmen	637 002,28
Summa	309 051 857,69

Ausgaben	
Bezirksleitung	14 227 105,70
Agitation	490 055,65
Generalversammlung, Kongresse und Ausschusssitzungen	1 207 580,05
Konferenzen, Kurse und Bildungszwecke	2 571 397,80
Beiträge an den Gesamtverband	2 893 424,25
Versicherungsbeiträge	483 734,97
Unterstützung an andere Organisationen	1 066 633,71
Lohnbewegungen und Streiks	1 960 242,55
Erwerbslosen-Unterstützung	539 464,—
Notfall-Unterstützung	90 784,—
Umzugs-Unterstützung	41 272,—
Rechtschutz	21 599,11
Büroeinrichtung	340 555,74
Bücher und Schriften	3 745 875,65
Zuschüsse an die Verwaltungenstellen	14 163 139,66
Kosten der Verbandsorgane:	
Satz, Druck und Papier	20 364 575,30
Versand und Verpackung	1 403 502,25
Redaktion und Mitarbeit	882 526,30
Zeitungen und Zeitschriften	188 913,84
Jugend-, Frauen-, Branchen-Organ	2 398 138,70
Gehälter der Beamten	1 536 482,50
Gehälter der Bürogehilfen	1 674 919,90
Vorstandssitzungen und Revisionen	10 883,50
Verwaltungsmaterial	5 045 995,35
Büro-Reinigung, Licht und Heizung	291 153,20
Schreib- und Packmaterial	134 578,30
Fernsprechgebühren	34 278,40
Porto	320 697,13
Sonstige Ausgaben	141 075,56
Bankanlagen	229 710 945,47
Rassenbestand	1 184 352,05
Postfidejuzgaben	758 095,19
Summa	309 051 857,69

Rechnungsabschluss für das Jahr 1922

Einnahmen:	
Rassenbestand am 1. Januar 1922	1 743 711,96
Eintrittsgelder	260 011,55
Beiträge der 1. Klasse (reim.)	7 775 141,55
Beiträge der 2. Klasse (Wollmittgl.)	153 848 821,05
Beiträge der 3. Klasse (neue Klasse)	17 890 074,25
Beiträge der 4. und alten 3. Klasse	18 573 806,45
Beiträge der Jugendklasse (Schüler)	5 039 744,45
Extra-Beiträge (Streik- und Sondermarken)	4 700 773,55
Delegiertensteuer	873 981,80
Zurückbezogene Darlehen	1 689 178,44
Zinsen für angelegte Gelder	320 277,56
Für Bücher und Schriften	1 876 164,90
Sonstige Einnahmen	747 764,82
Zuschüsse der Verwaltungenstellen	65 525 702,27
Summa	281 067 094,60

Ausgaben:	
Für Bezirksleitung und Agitation	15 833 243,77
Für Generalversammlung, Kongresse und Ausschusssitzungen	1 207 580,05
Für Konferenzen, Kurse und Bildungszwecke	2 571 397,80
Für Beiträge an den Gesamtverband	2 893 424,25
Für Versicherungsbeiträge	483 734,97
Für Unterstützung an andere Organisationen	1 066 633,71
Für Reise-Unterstützung	196 338,—
Für Lohnbewegungen, Streiks und Maßregelungen	17 968 202,55
Für Umzugs-Unterstützung	256 207,50
Für Erwerbslosen-Unterstützung bei Krankheit	7 195 576,55
Für Erwerbslosen-Unterstützung bei Arbeitslosigkeit	1 131 287,72
Für Notfall-Unterstützung	111 173,—
Für Sterbegeld	311 801,—
Für Rechtschutz	153 066,24
Für Bücher und Schriften	3 745 875,65
Für Büroeinrichtung	340 555,74
Zurückbezogene Zuschüsse der Verwaltungenstellen	628 642,65
Kosten der Verbandsorgane	25 237 656,30
Verwaltungskosten, persönliche	3 221 285,90
Verwaltungskosten, sachliche	5 826 672,38
Sonstige Ausgaben	141 075,56
Kontokorrent-Konto	172 812 185,38
Immobilien-Konto	9 447 809,20
Rassenbestand bei der Hauptkasse	1 942 447,24
Rassenbestand in den Verwaltungenstellen	7 338 681,42
Summa	281 067 094,60

Die praktische Bedeutung der Deutschen Lagerstättenforschung

Von Dipl.-Ingenieur Paulsen.

„Ausbaue Lagerstätte“ ist ein sehr relativer Begriff und schwankt ebenfalls im Wechsel der wirtschaftlichen Zustände wie der Begriff der „Reichtumsgröße“. Eine bisher nicht ausgenutzte Lagerstätte wird deshalb, weil der in ihr vorhandene Stoff im Preise steigt, der Abbau einer anderen wird stillgelegt, weil der Preis der dort bisher gewonnenen Materialien fällt. Hieraus ist auch die Entstehung neuer Methoden, wie man solche Lagerstätten gewinnt, abzuleiten und konzentriert, von bestimmtem Einflusse. Also, an sich noch nicht erschöpfte Lagerstätten werden wertlos, weil der gleiche Stoff an anderer Stelle reicher, leichter oder reiner gewonnen oder ein kostgünstiger Ertrag (also nicht ein Ertrag im Sinne der Kriegszeit) gefunden wird. Andere Vorkommen rufen wiederum zum Abbau an anderer Lagerstätte auf, weil ein Systemmann das bisher zu verarbeitende Rohstoff auf einem neuen Wege zu konzentrieren lernt. Die Lagerstätten im Kriege z. B. ließ manche Eisen- und Manganelagerstätte, manches Phosphorit-, Kupfer-, Wolfram-, Zinn- und Kadmiumvorkommen die alte Bedeutung wiedererlangen, die aber nach dem Friedensschlusse wieder verloren gingen. Neuerdings hat nun unsere tiefere Kenntnis des Eisens über eine fast ebenso drückende Abnahme verhängt wie einst der Krieg, so daß schon heute hieraus erhellt, wie wichtig die Er- forschung bekannter Lagerstätten und die Entdeckung neuer für unsere Volkswirtschaft ist.

Da der Abbau rasch in zunehmender Tiefe fortgeschritten, so muß man bald die wertvollen Stoffe unter mächtigem Deckgebirge und Gebirgsschutt aufsuchen und aufschließen, der mehr als die halbe Bodenfläche Deutschlands bedeckt, bald die durch Störungen und Verwerfungen abgetrennten Teile der Lagerstätte in der Tiefe wiederfinden, was nur dem Kenner der in der Umgebung herrschenden tektonischen Gesetze und Formen möglich ist.

In einem Lande mit alter Kultur wie Deutschland, wurden die Bodenschätze schon teilweise in den Zeiten der alten Römer erschlossen und dann im Mittelalter weiter verfolgt und gewonnen, bis sie in der Renaissance mit den Hilfsmitteln der fast überall und überall arbeitenden Großindustrie abgebaut wurden. Bei uns handelt es sich daher heute nicht mehr um Entdeckung neuer, sondern um die Weitererschließung längst bekannter Lagerstätten. Erkennt man deren Gesetze, Entstehung und Veränderung, so kann man daraus auf deren Verbreitung und Fortführung schließen und Anhaltspunkte dafür gewinnen, nach welchen Richtungen der Bergbau im Lager fortzuschreiten soll. Betrachtet man z. B. eine Karie, auf der alle bisher angelegten Eisen- und Erzgänge des Siegerlandes genau eingezeichnet sind, so werden wir hieraus sofort entnehmen können, daß zwischen den hier zahllosen Zellstücken der durch tektonische Vorgänge veränderten Gänge viele verbindende und zusammengehörige Stücke fehlen, die uns unbekannt sind. In einer Stelle entziehen sie der Nachforschung, weil sie die Tagesoberfläche nicht erreichen, sondern tief zu liegen. Die Geophysikalische Methode ist nun in solchen Fällen, Anhaltspunkte zu einer rationellen Auffindung der fehlenden Zwischenstücke der Gänge zu erhalten, indem sie feststellt, ob und in welchen geologischen Schichten der von den Gängen durchschnittenen Formationen die Gänge taub oder produktiv, arm oder reich sind, und von welchen Störungen im Aufbau der Verlauf günstiger Schichten des Nebengesteins oder der Spalten, Falten und Ueberstrebungen abhängt.

Nach dieser allgemeinen Erörterung wollen wir in die praktische Betrachtung der einzelnen Vorkommen eintreten, die unserem Vaterlande in seinem gegenwärtigen verhältnismäßig umfangreichen Vorkommen sind.

Eisenerze. Die beiden einst bedeutendsten Silberbergwerke Freiberg in Sachsen und Andreasberg im Harz sind so gut wie erschöpft, was konsequent und sachlich durchgeführte Untersuchungsarbeiten noch erhärtet haben. Nur der Silberberg Kupfer- schiefer liefert nach wie vor seinen silbernen Bergesener und hat hierin in Deutschland das Monopol. Da der Krieg und die Niederlage uns so goldarm gemacht haben, erfreuen sich Goldlagerstätten, die man in Zeiten unseres Wohlstandes wegen geringer Konzentration keines Blickes gewürdigt hat, steigender Beachtung; als solche kommen in Betracht und werden jetzt untersucht: Der Eisenberg bei Corbach als Urth des Edelsteingoldes, die Vorkommen im Fichtelgebirge, den Gasteiner und Lungerauer Tauern. In den Grauwacken des Siegerlandes entdeckte man vor einigen Jahren Platin, aber in solch enormer Verdünnung und in so unregelmäßiger Verteilung im Gestein, daß von einem rentablen Abbau auch nicht entfernt die Rede sein kann.

Schriftleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H. (Echo vom Niederrhein & G. Köllen), Duisburg.